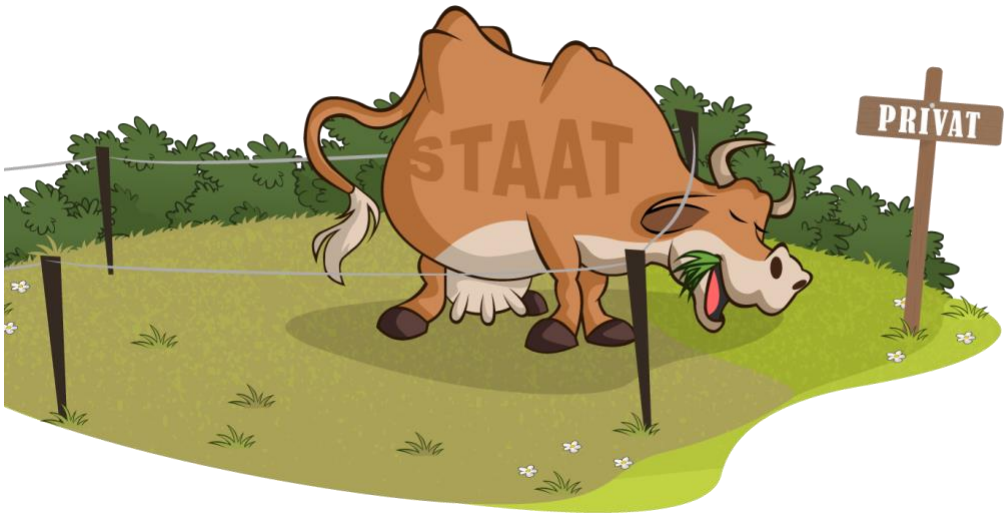

Meilensteine für einen fairen Wettbewerb zwischen Staat und Privat

Der Verein für fairen Wettbewerb setzt sich für gleich lange Spiesse zwischen Staatsbetrieben und Unternehmen der Privatwirtschaft ein. Die staatlichen oder staatsnahen Betriebe sollen bei ihren Leistungsaufträgen bleiben und private Firmen nicht unfair konkurrenzieren. So stärken wir das freie Unternehmertum und entlasten die Steuerzahler.

In den ersten dreieinhalb Jahren seit der Vereinsgründung durch engagierte Unternehmer wurden auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene verschiedene Vorstösse und Initiativen angestossen. In diesem Zeitraum hat sich auf allen Staatsebenen einiges zugunsten eines faireren Wettbewerbs bewegt. Dabei arbeiten wir mit unserem strategischen Partner Berner KMU («Fair ist anders») und anderen interessierten Organisationen, Branchenverbänden, Parteien und Unternehmen zusammen. Die Vernetzung mit Parlamentariern und Politikern bei Bund, Kantonen und Gemeinden ist uns ebenfalls ein wichtiges Anliegen.

Politische Vorstösse und Initiativen

Parlamentarische Initiative 23.462 Grossen: Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Die parlamentarische Initiative verpflichtet Bundesunternehmen wie die Post, sich ausserhalb des Service-Public-Auftrags keine Wettbewerbsvorteile gegenüber Privaten zu verschaffen. Konkret soll der Zweckartikel im Postorganisationsgesetz verschärft werden.

Verein für fairen Wettbewerb
c/o Gut Communications GmbH
Dr. Philipp Gut
Föhrenweg 8
5600 Lenzburg

Email: info@so-noed.ch
Web: www.so-noed.ch

Aktueller Stand: Vernehmlassung abgeschlossen (Dezember 2025). Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats wertet die Stellungnahmen aus, bevor der Entwurf ins parlamentarische Verfahren geht. Der Verein für fairen Wettbewerb begleitet den politischen Prozess vor und hinter den Kulissen und berichtet darüber, so in einem Radiointerview mit Nationalrat Grossen vom 29. Juni 2026.

Teilrevision Postgesetz (PG) und Teilrevision Postorganisationsgesetz (POG)

Mit diesen beiden Teilrevisionen werden die gesetzlichen Grundlagen der Schweizerischen Post angepasst. Aus Sicht eines fairen Wettbewerbs interessieren vor allem auch die Änderungen im Postorganisationsgesetz. Es soll Rechtssicherheit über die Tätigkeiten der Post geschaffen werden, insbesondere bei digitalen Leistungen und Unternehmensbeteiligungen. Dazu wird der Unternehmenszweck präzisiert und ein Verfahren eingeführt, wonach wirtschaftlich relevante Beteiligungserwerbe der Post vor Vertragsvollzug von der PostCom geprüft und genehmigt werden müssen.

Stand: Vernehmlassung läuft seit 26.6.2026. Frist: 15. Oktober 2026. Der Verein für fairen Wettbewerb und mehrere Partnerorganisationen nehmen daran teil und besprechen sich ab.

Motion 25.4671 Regazzi: Für eine Gleichbehandlung von schweizerischen Vertreibern. Schluss mit den kommerziellen Vorteilen für ausländische Plattformen

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, damit die Schweizerische Post für sogenannte Kleinsendungen innerhalb der Schweiz und für solche aus dem Ausland die Definition des Formats und des Gewichts sowie die Portokosten für schweizerische Händler und für Sendungen aus Drittländern vereinheitlicht. Sieht man sich die Preise auf ausländischen Plattformen an, insbesondere auf chinesischen, wird offensichtlich, dass diese nicht die gleichen Transportkosten tragen müssen wie die schweizerischen Händler – ein Hindernis für den freien Wettbewerb.

Aktueller Stand: Vom Ständerat angenommen. Anfang Juni 2026 hat auch der Nationalrat dafür votiert. Der Bundesrat hat die Thematik im Zuge laufender Revisionen von Gesetzen etwa zur Produktesicherheit ebenfalls auf dem Radar und hat verschiedene Vorschläge in die Vernehmlassung gegeben (Frist bis Ende September 2026). Der Verein für fairen Wettbewerb steht mit betroffenen Verbänden und Unternehmen in Kontakt und unterstützt sie in ihren Bemühungen, auch mit entsprechenden Medienberichten.

Interpellation 26.3969 Grossen: Kündigungsmöglichkeiten beim Bundespersonal – genügt das heutige Recht den Anforderungen an einen leistungsfähigen Staat?

Die Interpellation weist auf den Umstand hin, dass Bundesangestellten in der Praxis kaum gekündigt werden kann. Dies führt dazu, dass Stellen über längere Zeit nicht optimal besetzt sind, was Effizienz und Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung beeinträchtigt. Gleichzeitig steht der Bund im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft und muss gegenüber den Steuerzahlern eine effiziente Aufgabenerfüllung sicherstellen.

Aktueller Stand: Eingereicht am 19. Juni 2026. Nationalrat Grossen stellte den Vorstoss in einem Radiointerview gegenüber unserem Geschäftsführer Philipp Gutn neben weiteren Aspekten eines fairen/unfairen Wettbewerbs vor.

Verwaltungsbremse-Initiative

Verein für fairen Wettbewerb
c/o Gut Communications GmbH
Dr. Philipp Gut
Föhrenweg 8
5600 Lenzburg

Email: info@so-noed.ch
Web: www.so-noed.ch

Am 20. September 2025 haben die Jungfreisinnigen die Verwaltungsbremse-Initiative lanciert. Sie fordert, dass das Wachstums der Personalausgaben des Bundes an das Medianlohnwachstum der Schweizer Bevölkerung gekoppelt wird. Der Verein für fairen Wettbewerb unterstützt das Initiativkomitee und dessen Anliegen.

Kanton Aargau: Motion/Postulat 24.129 Schoop: Eindämmung der Marktexpansion und Wettbewerbsverzerrung durch Staatsbetriebe

Der Vorstoss, den unser Mitglied Adrian Schoop (FDP) in Zusammenarbeit mit dem Verein für fairen Wettbewerb im Grossen Rat eingereicht hat, fordert vom Regierungsrat Massnahmen zur Eindämmung der Marktexpansion und Wettbewerbsverzerrung durch Staatsbetriebe. Konkret geht es um schärfere gesetzliche Leitplanken, Transparenz und strengere Governance-Regeln.

Aktueller Stand: Der ursprünglich als Motion eingereichte Vorstoss wurde am 26. November 2024 in ein Postulat umgewandelt. Der Regierungsrat wurde beauftragt, einen Bericht zu erfassen, in dem er darlegt, wie die vom Grossen Rat geforderten besseren Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb umgesetzt werden können. Die Bearbeitung erfolgt in Etappen im Rahmen der Gesetzgebung. Ausführungen und Berichte dazu fliessen in laufende kantonale Revisionsprozesse ein. Im Fokus steht insbesondere die AEW Energie AG, aber auch andere Firmen, die dem Staat gehören oder an denen er beteiligt ist. Der Regierungsrat hat u.a. das Dekret über den Leistungsauftrag der AEW angepasst und die Eigentümerstrategie präzisiert und geschärft.

Kanton Bern: Gesetz über die Public Corporate Governance

Aufgrund der parteiübergreifend unterstützten und im Herbst 2023 angenommenen Motion «Eindämmung wettbewerbsverzerrender Konkurrenz durch Staatsbetriebe» hat der Regierungsrat einen Bericht erarbeitet und angekündigt, Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsbetriebe im neuen Public-Corporate-Governance-Gesetz zu verankern. Am 20. Februar 2026 schickte er den Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung.

Aktueller Stand: Vernehmlassung am 20. Mai 2026 abgeschlossen. Unser Partner Berner KMU hat Stellung genommen und kritisiert, dass die zentralen Wettbewerbsschranken auf Verordnungsebene delegiert werden statt auf Gesetzesstufe verankert zu sein. Was per Verordnung eingeführt wird, kann der Regierungsrat ohne Parlamentsbeschluss wieder abschwächen. Zur Stärkung eines fairen Wettbewerbs braucht es Zweckartikel für grosse Staatsbetriebe und ein gesetzliches Verbot der Quersubventionierung direkt im Gesetz. Den Mustervorstoss aus dem Kanton Bern trägt der Verein für fairen Wettbewerb nun auch in weitere Kantone, im Aargau wurde dafür bereits erfolgreich eine politische Mehrheit gefunden (s. oben).

Kanton St. Gallen: Verwaltungsgericht korrigiert Gasgebühren der Stadt St. Gallen

Das Verwaltungsgericht des Kantons St. Gallen verlangt eine Neuberechnung illegal erhobener Gasgebühren durch die Stadt St. Gallen. Die Stadtwerke haben den Privathaushalten zu hohe Kosten aufgebürdet, um die Stadtkasse zu füllen und den Stadtwerken in der Akquisition von Grosskunden Vorteile zu verschaffen. Es bestünden «Anhaltspunkte für eine den Wettbewerb verzerrende systematische Quersubventionierung», hält das Gericht fest.

Verein für fairen Wettbewerb
c/o Gut Communications GmbH
Dr. Philipp Gut
Föhrenweg 8
5600 Lenzburg

Email: info@so-noed.ch
Web: www.so-noed.ch

Aktueller Stand: Der Entscheid vom 26. Mai 2026 wurde am 8. Juni 2026 publiziert. SRF berichtete. Der Verdacht steht im Raum, dass auch anderswo bei Privatkunden solch versteckte Steuern erhoben und Staatsbetriebe quersubventioniert werden.

Kanton Zürich: Personalbremse-Initiative

Die FDP des Kantons Zürich hat im Februar 2026 die Volksinitiative «Personalbremse bei der kantonalen Verwaltung» eingereicht. Diese fordert, dass die kantonale Verwaltung künftig höchstens so stark wachsen dürfe wie die Bevölkerung. Der Verein für fairen Wettbewerb tauscht sich mit den Initianten aus und unterstützt die Initiative.

Kanton Zürich: Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich

Die neue Eigentümerstrategie bringt klarere Leitplanken. Sie hält ausdrücklich fest, dass die EKZ den Monopolbereich vom Marktbereich klar trennen und sich im Marktbereich zu fairem Wettbewerb verpflichten müssen. Damit wird die Kritik an Wettbewerbsverzerrungen erstmals direkt in der Strategie adressiert. Weiter werden Marktaktivitäten stärker an Wirtschaftlichkeit gebunden. Schliesslich gibt es mehr politische Kontrolle: Die Strategie wurde neu vom Kantonsrat genehmigt und ist damit verbindlicher für den Verwaltungsrat. Zudem werden Risikomanagement, internes Kontrollsystem, Zielerreichungsberichte und Beteiligungscontrolling stärker betont. Dadurch erhält der Kanton bessere Möglichkeiten, einzugreifen, falls die EKZ im Marktbereich ihre privilegierte Stellung unfair nutzen.

Aktueller Stand: Der Kantonsrat genehmigte die überarbeitete Eigentümerstrategie am 13. April 2026 mit 127 zu 46 Stimmen. Die SVP kritisiert die nach wie vor ungenügende Trennung zwischen Monopol- und Marktbereich. Auch die FDP sieht weiteren Handlungsbedarf, insbesondere wegen Finanzierungsvorteilen, Vertrauensvorschuss, bestehendem Kundenzugang und möglichen Verflechtungen mit EKZ-nahen Betrieben. Die neue Strategie verbessert die Ausgangslage, löst das Wettbewerbsproblem aber nicht abschliessend. Der Verein für fairen Wettbewerb setzt sich weiter dafür ein, dass die EKZ ihre Marktmacht nicht missbrauchen. Wir fordern u.a. den Verkauf der EKZ Eltop, die als direkte Konkurrentin im Markt für Elektroinstallation, ICT-Services, Solar, E-Mobilität sowie Gebäudeautomation auftritt. Dabei arbeiten wir mit treibenden Kräften im Parlament und mit Partnerorganisationen und Unternehmern zusammen.

Kanton Zürich: Motion 214.2025 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stärken

Die Motion fordert den Regierungsrat auf, im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung gesetzliche Grundlagen zu schaffen, die sicherstellen, dass das kantonale Angebot im Bereich der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in Kooperation mit gleichwertig ausgebildeten privaten Berufs-, Studien- und Laufbahnberatern erbracht wird.

Aktueller Stand: Am 22. Juni 2026 hat der Kantonsrat das Geschäft mit 103 Ja- zu 67 Nein-Stimmen überwiesen. Der Regierungsrat muss innert zwei Jahre eine Vorlage mit Bericht und Antrag vorbereiten und darlegen, wie er die privaten Anbieter einbeziehen will. Der Verein für fairen Wettbewerb unterstützt das Anliegen der privaten Berufs-, Studien und Laufbahnberater und hat dazu auch frühzeitig auf nationaler Ebene Medienberichte lanciert. Unser Mitglied Reinhard Schmid ist federführend auf Verbandsseite und steht in engem Austausch mit unserem Verein.

Verein für fairen Wettbewerb
c/o Gut Communications GmbH
Dr. Philipp Gut
Föhrenweg 8
5600 Lenzburg

Email: info@so-noed.ch
Web: www.so-noed.ch

Stadt Schaffhausen: Volksinitiative «Für ein starkes Schaffhauser Gewerbe»

Am 21. Mai 2025 wurde die Volksinitiative «Für ein starkes Schaffhauser Gewerbe» der FDP eingereicht. Sie will Artikel 54 der Stadtverfassung dahingehend ergänzen, dass «Geschäftsbereiche, die im freien Markt stattfinden», von der SH Power, einer Verwaltungsabteilung der Stadt, nicht bewirtschaftet werden dürfen. Dies, damit das lokale Gewerbe nicht konkurrenziert wird. Kommerzielle Dienstleistungen auf dem freien Markt (z. B. Elektroinstallationen, Heizungsbau, Photovoltaik-Anlagen und E-Mobility für Privatkunden) sollen demnach nicht mehr durch die Stadt angeboten werden.

Aktueller Stand: Der Stadtrat hat im September 2025 eine Botschaft dazu vorgelegt und schlägt die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags vor. Die Initiative wurde von unseren Mitgliedern Ständerat Severin Brüngger und Stadtparteipräsident Christian Mundt vorangetrieben. Der Verein für fairen Wettbewerb leistet dabei Schützenhilfe.

Kommunikation und Medien

Der Verein für fairen Wettbewerb versteht sich als Anwalt für Unternehmen, die von unfairer Konkurrenz durch Staatsbetriebe betroffen sind und macht dies auch permanent öffentlich zum Thema. Über die Aktivitäten für fairen Wettbewerb und über unseren Verein wurde und wird in zahlreichen Medien und verschiedenen Kanälen informiert (Print, Online, TV, Radio), so in der Aargauer Zeitung, wiederholt auf HOCH2 TV, Inside Paradeplatz, Linth24 und den angeschlossenen Online-Portalen, in der Neuen Zürcher Zeitung, der Solothurner Zeitung, im Nebelspalter oder regelmässig in der Weltwoche. Im Kontrafunk, der neben der Schweiz auch viele Hörer in Deutschland und Österreich hat, unterhielt sich unser Geschäftsführer Philipp Gut mit Nationalrat, GLP-Präsident und Unternehmer Jürg Grossen über die Problematik eines fairen Wettbewerbs und wie dieser gestärkt werden kann. Neben einem monatlichen Newsletter und der Website bauen wir die Kommunikation auf Social Media aus.

Veranstaltungen

Die jährliche Mitgliederversammlung verbinden wir jeweils mit spannenden Betriebsbesichtigungen und hochkarätigen Referenten zum Thema eines fairen Wettbewerbs. So waren wir zu Gast bei der Quickmail AG, der Schoop AG und der Kromer Print AG. Am 26. August 2025 haben wir gemeinsam mit unserem Partner «Fair ist anders» von Berner KMU in Solothurn ein Podiumsgespräch zum Thema «Der Staat als Konkurrent der Privatwirtschaft – aktuelle Beispiele aus den Kantonen» durchgeführt, das von Philipp Gut moderiert wurde. Teilnehmer waren Nationalrat Lars Guggisberg, Direktor Berner KMU, Ständerätin Franziska Roth, Nationalrat Rémy Wyssmann, Daniel Probst, Direktor der Solothurner Handelskammer, sowie André Seiler, Unternehmer Plaque Suisse AG. Am 28. Mai 2026 nahm unser Vorstandsmitglied Albert Lehmann an der Podiumsdiskussion «Wieviel Staat braucht die Energieversorgung?» unserer Partnerorganisation Unternehmergruppe Wettbewerbsfähigkeit (UGW) teil. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Lenzburg, 29.6.2026

Verein für fairen Wettbewerb
c/o Gut Communications GmbH
Dr. Philipp Gut
Föhrenweg 8
5600 Lenzburg

Email: info@so-noed.ch
Web: www.so-noed.ch